

POSITIONSPAPIER

Zum Schutz von Ortskräften – aktuell: Mali

Mit rund 7.500 Mitgliedern ist der Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ) der größte Branchenverband Deutschlands. In der Regel beschränkt sich die verbandspolitische Arbeit des BDÜ auf die Anliegen von Dolmetschern und Übersetzern in Deutschland. Nicht nur als Mitglied des internationalen Dachverbands der Dolmetscher und Übersetzer FIT sieht sich der BDÜ jedoch auch in der Verantwortung, den Blick auf jene Dolmetscher und Übersetzer im Ausland zu richten, die in Krisen- und Kriegssituationen eine Verständigung zwischen den Parteien als (zivile) Ortskräfte ermöglichen; erst recht bei Beteiligung deutscher Institutionen und Organisationen. Dies kann während eines militärischen Einsatzes, einer internationalen Friedensmission, beim Wiederaufbau nach Konflikten und Naturkatastrophen oder in der Entwicklungszusammenarbeit der Fall sein. Ortskräfte stehen nicht nur im Dienst der Bundeswehr, sondern arbeiten für viele Bundesministerien und deren Behörden und Einrichtungen.

Aktuell bereitet insbesondere der mehrfach vorgezogene und am 12. Dezember endgültig vollzogene Abzug der Bundeswehr aus Mali nach dem Scheitern der UN-Friedensmission MINUSMA große Sorge.

Traduttore – traditore: Übersetzer = Verräter

So unverzichtbar die Ortskräfte sind, so sehr sind sie aufgrund ihrer Arbeit an Leib und Leben bedroht. Insbesondere Dolmetscher und Übersetzer werden in den jeweiligen Konfliktländern von einzelnen Gruppen – je nach politischer Überzeugung – allein aufgrund ihrer Tätigkeit als Verräter angesehen. Die Menschen, die als Ortskräfte im Dienst der Bundesrepublik Deutschland stehen und standen, riskier(t)en ihr eigenes Leben und das ihrer Familie auch nach Beendigung ihres Vertrags mit dem deutschen Dienstherrn. Daher trägt Deutschland auch nach Beendigung eines Einsatzes Verantwortung für diese Menschen.

Lehren ziehen aus Afghanistan 2021 – für Mali und künftige Einsätze

Auch in Mali sind Ortskräfte – unabhängig vom diplomatischen Ansehen Deutschlands – allein aufgrund ihrer Tätigkeit für die MINUSMA-Truppen bedroht. Die Bundeswehr glaubt laut Presseberichterstattung zwar nicht, dass die Ortskräfte „Opfer gezielter Attacken“ (SPIEGEL 47/2023, S. 39) werden könnten. Es steht allerdings zu befürchten, dass die Realität eine andere sein wird. Dies hat sich in der Vergangenheit bei vielen Konflikten weltweit immer wieder bestätigt und dies gilt es zu verhindern.

Daher **fordert der BDÜ zum Schutz aller Ortskräfte**, schnell konkrete Schlüsse aus den im [Afghanistan-Untersuchungsausschuss des Bundestages](#) gemachten Zeugenaussagen zu ziehen und anzuwenden, insbesondere aktuell auf das Ende des MINUSMA-Einsatzes.

- **Die Ortskräfte in Mali und ihre Familien müssen die Möglichkeit bekommen, sicher aus Mali auszureisen, unbürokratisch in Deutschland einzureisen und hier Schutz zu erhalten.**

Damit Deutschland nicht bei jedem Einsatzende aufs Neue von diesen Entwicklungen überrascht wird, fordern wir weiterhin:

- **Gewährleistung gleicher Regeln für alle Ortskräfte in Gefahrenlagen.**
- **Eine Vereinfachung des Ortskräfteverfahrens, damit diejenigen, die einen Schutzanspruch haben, diesen auch wahrnehmen können.**
- **Eine nicht zeitlich befristete und nicht ortsgebundene Rechtsgrundlage für eine geplante und rechtzeitige sichere Ausreise von (auch zukünftigen) Ortskräften und deren Familien.**
- **Eine Rechtsgrundlage für eine Evakuierung von (auch zukünftigen) Ortskräften und deren Familien.**

Der BDÜ steht gerne als Ansprechpartner für weitergehende Überlegungen zur Verfügung.

Norma Keßler
Präsidentin

Elvira Iannone
Politische Geschäftsführerin

Berlin, Dezember 2023